

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

FEUILLETON

Kriegsgötterdämmerung

Es ist Zeit, in Afghanistan mit einem Krieg aufzuhören, den man nicht mehr gewinnen kann, meint Roger Willemsen***Roger Willemsen***

Wenn ich mit meinen Freunden in Chardara, in der ehemaligen Hoffungsprovinz Kundus telefoniere, höre ich im Hintergrund das Geräusch der Kampfflieger. Manchmal setzen die Sprecher kurz aus, wenn sie abwarten, ob das Geschützfeuer das eigene Haus trifft, dann reden sie weiter. Es ist furchtbar, so zu reden, befristet, als sei jeder Moment dem drohenden Bombentod abgerungen.

Das ist der Krieg, der jetzt auch so heißen darf, ein Krieg, in den so mancher Soldat nicht gezogen wäre, hätte man ihn gleich bei seinem Namen »Krieg« genannt, der Krieg, von dem niemand mehr behauptet, dass er gewonnen werden könne, und der trotzdem weiter geführt wird, der Krieg, der in keinem europäischen Land eine Mehrheit im Volk hat, über den in den Niederlanden aber wenigstens eine Regierung gestürzt ist, der Krieg, den wir den Afghanen nicht erklärt und schon gar nicht plausibel gemacht haben, fragen sie doch am häufigsten: Was wollt ihr? Was sind eure Interessen?

Ich antwortete ehemals: »Helfen.« Dann lachten sie, lobten aber die »selbstlose« und »unbürokratische« Hilfe der Deutschen, unsere Projekte, auch die kulturelle Bildung der Soldaten, den Respekt, den sie zeigten, ihre Geschicklichkeit bei der Schaffung einer Pufferzone zwischen den Warlords. Spätestens aber seit die Bundesregierung im Frühsommer 2009 aufrüstete, Aufklärungsflugzeuge zur Ausforschung von Taliban ins Land

schickte, werden die Deutschen als Kriegspartei gesehen und gelten als Besatzer, und seit sie obendrein in die Beschießung von Familienfesten verwickelt sind, seit sie im Fall der Tanklaster von Kundus den massenhaften Tod von Zivilisten in Kauf nahmen, dann vertuschten, dann rechtfertigten, auch seit sie im Friendly Fire verbündete afghanische Soldaten irrtümlich töteten, organisiert sich der Widerstand auch gegen die Deutschen, und die Lage hat sich für zivile wie nicht zivile Staatsangehörige erheblich verschärft.

Jetzt sagen die Afghanen, mit denen ich spreche: Einen Unterschied zwischen der Besatzung durch die Russen oder durch die Nato können wir kaum mehr erkennen. Sie fabulieren von kälteren Zwecken hinter diesem Krieg, raunen von der Gaspipeline, die China oder die USA quer durch Afghanistan verlegen wollen, von der »geopolitischen Bedeutung« des Landes als mögliche Militärbasis und Drehscheibe zwischen Pakistan, China, Iran. »Aber dafür werdet ihr doch keine deutschen Soldaten opfern«, so meinen sie zweifelnd - Horst Köhlers Aussage über die möglichen wirtschaftlichen Gründe eines Krieges sind auch in Afghanistan gehört worden -, und einer meint schlussfolgernd: »Welche auch immer eure Motive wirklich sind, eure Regierung muss aus dem Krieg etwas sittlich Überlegenes machen«, und ich denke, gewiss, nie war Patriotismus

nützlicher, als wo er Kriege begleitete. Jetzt also gegen die Gotteskämpfer.

Hierzulande kennt jeder blindlings die Taliban und die von ihnen ausgehende einschüchternde Gefahr. Manche verwenden »Taliban« noch synonym mit »al-Qaida«, doch al-Qaida operiert nach Geheimdienst-Erkenntnissen seit 2002 nicht mehr von Afghanistan aus, und es wäre nicht leicht zu erklären, dass eine Terrororganisation das afghanische Bergland brauche, um Attentate vorzubereiten. Die vom 11. September 2001 wurden jedenfalls auch in Deutschland geplant, und auf den Fahndungslisten danach stand kein einziger Afghane. Effektvoller als solche Fakten wirkt doch ein Verteidigungsminister, der gefallene Soldaten durch Kindermund zu »Helden« verklären lässt. Das hat noch in jedem Krieg gewirkt.

Wie erfrischend dagegen der britische Amtskollege Liam Fox, der in einem Interview mit Daytime äußerte: »Wir sind nicht hier, um ein Land, das sich im 13. Jahrhundert befindet, politisch zu erziehen, sondern wir sind hier, weil wir die bedrohten Interessen der Briten und der Weltgemeinschaft schützen.« Da klingt doch wenigstens die Kolonialherren-Mentalität durch, die Afghanistan nicht nur zum Schurken-, sondern gleich auch zum Barbarenstaat erklärt.

Wir sagen so etwas nicht oder nicht so, sondern beanspruchen lieber,

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

wir brächten den Afghanen die Demokratie. Doch dieser Ausdruck, den schon die Russen im Munde führten, ist in der afghanischen Stammesgesellschaft diskreditiert. Schließlich gibt es Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzten für die erste freie Wahl, aber, als sie kam, nicht mehr zum Wählen gingen, waren doch alle Kräfte, unter denen das Land je litt, jetzt im Parlament vertreten: Drogenbarone, Söldnerführer, Strohmänner Pakistans.

Aber eine neue Verfassung erhielt das Land, und als ich die einzige an ihrer Formulierung beteiligte Frau nach ihrem persönlichen Beitrag fragte, erwiderte sie, sie habe durchgesetzt, dass in der Verfassung stehe: »Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, und das gilt ausdrücklich auch für Frauen. Dieser Zusatz ist von mir«, sagte sie stolz. »Komme, was wolle, er wird sich so leicht nicht mehr aus der Verfassung entfernen lassen!«

Die Bundesregierung wiederholt nun wieder, was sie 2001 schon wiederholt hat: Wir helfen beim zivilen Aufbau. Doch das tun eher die zivilen Aufbauhelfer, an deren Gräbern kein Politiker zur Kondolenz antritt, auch wenn fraglos ist, dass gerade diese Freiwilligen erheblich zur Rettung und zur Verbesserung des Lebens in Afghanistan beitragen. Von den Angehörigen der Bundeswehr ist das so nicht zu erwarten. Vierzig Prozent der Soldaten verlassen ihr Lager nie, ihre Freizeit nennen sie high risk shopping, Kontakt zur Bevölkerung ist kaum möglich und Aufbauarbeit unter diesen Bedingungen nicht zu leisten.

Wenn man den Soldaten ihre Mission heute mit »Stabilisierung« erläutert, wissen sie es besser. Einer der Befehlshaber schrieb

unlängst: »Ich sehe die Ohnmacht in ihren Gesichtern, wenn mich meine Jungs nach dem »Warum« fragen.« Der US-Diplomat Matthew P. Hoh, Vertreter des Außenministeriums in der Provinz Sabul, quittierte seinen Dienst mit den Worten: Der Grund liege »darin, dass mir nicht klar ist, warum dieser Krieg geführt wird und zu welchem Nutzen«. Und die Zeilen eines deutschen Bundeswehrangehörigen, der schon nach Wochen den Glauben verlor, lesen sich so: »Du machst hier nichts Gutes, du machst hier nichts Sinnvolles oder Nutzbringendes. Mein Gefühl war stattdessen: Du wirst verschaukelt, du wirst über den wahren Sinn im Unklaren gelassen, du wirst missbraucht.«

Kriege sind ein Fall fürs Feuilleton. Sie beginnen, Gottfried Benn zufolge, in den »furchtbaren Zerstörungen« über den Stammtischen, in der Aufrüstung des Bewusstseins, in einer Bewegung, die die Legitimität des Tötens in unkriegerischen Zeiten durchsetzt und sie mit Heldenpathos versieht. Diejenigen, die den Krieg legitimieren, werden »leider, leider« sagen und dass sie auch gerne etwas anderes verträten, aber die »Vernunft«, der »realpolitische Sachverstand«, sagten ihnen, dass gekämpft und getötet werden müsse. Die meisten von ihnen kennen den Krieg aus der Zeitung oder sind im gepanzerten Wagen von Stützpunkt zu Stützpunkt gefahren.

Sie verlangen, dass »unsere Jungs« gewürdigt und unserer Solidarität versichert würden. Das ist nicht leicht, wenn man jene nicht exkulpieren möchte, die sie unter falschen Voraussetzungen in den Krieg schickten. Doch verzerrt nicht insgesamt die ganze Konzentration der Argumentation auf die

Bundeswehr die Fakten? Gehört es nicht auch zu den unbequemen Wahrheiten, dass viele Soldaten zugaben, auch um des Geldes willen nach Afghanistan gegangen zu sein? Und wenn es der Politik wirklich um das hohe Gut der Soldatenehre geht, warum lässt man sie, wie ihre Eigenaussagen verraten, im Stich, wenn sie nach Hause kommen, von Verletzungen zu »Monstern« entstellt, gehandicapt, von Isolation, von Angstzuständen, Traumata verfolgt, von den Frauen und Freundinnen oft rasch verlassen, und wenn sie dann Betreuung wünschen, rät man ihnen: »Bekennen Sie sich bloß nicht zur posttraumatischen Störung, es könnte Ihnen im Beruf schaden.«

Im Januar sprach die Bundesregierung vom »Strategiewechsel« und kam anschließend da an, wo sie acht Jahre zuvor schon gewesen war. Wenn eine Regierung militärischer handelt, wird sie ziviler reden, von Straßenbau, Arbeit, Infrastruktur, Polizeiausbildung. Aber auch die so reden, wissen: Nie waren die Bedingungen für den Wiederaufbau so schlecht wie heute. Merkel sprach von einem neuen, defensiveren Vorgehen, Guttenberg von der Präsenz in der Fläche: Schon das ist ein Widerspruch. Doch immer neu wurde wiederholt, es solle jetzt ziviler und verhandlungsintensiver zugehen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Die Militärdoktrin der USA im Süden des Landes wird längst auch im Norden verfolgt. Es gibt kontinuierlich tote Zivilisten, von denen nur die afghanischen Zeitungen berichten. Hierzulande spricht man lieber vom Aufbau des medizinischen Systems. Welches »Systems«? Kundus besitzt nicht ein einziges intaktes Krankenhaus.

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Man spricht vom Aufbau der Polizei unter Mithilfe deutscher Polizisten. Aber gerade mal 120 Polizeiausbilder aus Deutschland sind im Land, 400 sollten dort sein. Wie will man die Gesuchten, die ja keine Soldaten sind, zwingen? Und warum gesteht man nicht ein, dass die respektierte afghanische Polizei zuletzt um ein Drittel reduziert wurde und es ganze Distrikte ohne Polizeipräsenz gibt? Oder dass die afghanische Armee jene Unterstützung braucht, die die USA in Söldner und Anhänger der Blackwater-Selbstjustiz steckten?

Und warum nimmt man nicht zur Kenntnis, dass, solange sich immer noch zwei Guantánamo verwandte Lager in Afghanistan befinden, nämlich Bagram und Kandahar, dort eine Wunde klafft, die sich lange nicht schließen wird? Wenn aber der Krieg nach allgemeiner Meinung nicht gewonnen werden kann, wo sind die echten Ansätze zu Verhandlungen, zum Einbinden der Aufständischen, der Söldnergruppen und selbst der Taliban? Wie will man einen Weg an den Verhandlungstisch finden, wenn man andernorts die Verhandlungsführer militärisch zu eliminieren sucht?

Während Entwicklungshilfeminister Niebel noch reklamiert, zivile Aufbauarbeit sei erst unter dem Schutz der Nato möglich und erst jetzt könnten Mädchen wieder in die Schule gehen, darf ich anmerken, dass der in Deutschland ansässige Afghanische Frauenverein seit über 15 Jahren ohne die geringste staatliche Hilfe Schulen baut, in denen Mädchen unterrichtet und in die Universität geschickt werden. Es unterrichten auch mehrheitlich Frauen dort, und das seit Jahren, und die Taliban, die vermeintlich keinen Mädchenunterricht zulassen, haben von 103 Schulen in der

Provinz Kundus nur drei geschlossen, sie haben aber verlangt, dass Mädchen nur von Lehrerinnen unterrichtet würden, um Übergriffe durch die traumatisierten Männer zu verhindern. Die größte Gefahr, die unsere Schule in Kundus überstand, war ein Querschläger der US-Truppen, der das Dach zerstörte.

Zum Krieg gehören einerseits die Vorspiegelung von Kompetenz aufseiten derer, die ihn führen, und andererseits die Litanei der Grundüberzeugungen: Deutschland wird am Hindukusch verteidigt. Es mag meine Privatsache sein, aber ich glaube: Niemand von denen, die so sprechen, sitzt wirklich daheim und fürchtet sich vor den Taliban. In Deutschland kennt jeder diese Taliban offenbar so gut wie die Fußballnationalmannschaft, jeder hat eine Strategie gegen sie und weiß eine Taktik. Da muss schon der Versuch, die Taliban annähernd so differenziert zu sehen, wie sie sind, als unpatriotische Naivität diffamiert werden. Nur auf der Basis einer solchen Differenzierung aber wäre eine Strategie in Afghanistan überhaupt denkbar. Doch dazu mache man sich erst mal klar: Nicht wir, sondern zuerst die Afghanen leiden unter den Taliban, und sie leiden unter deren Unterstützern aus Pakistan, Saudi-Arabien, Iran, sie leiden unter den pakistanischen Investoren und nennen das reichste Neubauviertel von Kabul, wo sich die hochgerüsteten Villen im pakistanischen Baustil reihen, warlord city.

Gleichwohl haben in den Augen vieler Afghanen die Taliban wenigstens für Sicherheit gesorgt, sie beraten die Menschen in juristischen Fragen, vor allem, wo es um Landrechte geht, sie bezahlen jene, die sich in ihre Dienste begeben, besser als der

afghanische Staat. Zudem sammeln sich hier die regierungskritischen Kräfte, und so hat sich mancher, der eigentlich gegen Karsai, gegen den Einfluss des Westens und seinen Druck auf das Parlament war, schließlich in die Reihen der Taliban gestellt.

In Deutschland wird der Krieg auch befeuert von der Parole: Der Feind ist übermächtig, und jeder, der das nicht wiederholt, ist verantwortungslos. Trotzdem sprechen die US-Geheimdienste von nicht mehr als sechs- bis achttausend kämpfenden Taliban - mit steigenden Zahlen, seit der Westen aufrüstet, und mit teilweise dezentralen Organisationsstrukturen: Eine Linie haben sie nicht, ein Talib in Kundus entscheidet gern anders als sein Vorgänger oder als ein anderer Talib in Kabul. Was ein Führer im einen Ort gestattet, kann er im Nachbarort verbieten. Es gibt keine Stringenz in ihren lokalen Entscheidungen, und mancher Afghane ist unter der Woche Arbeiter oder Fahrer, arbeitet am Wochenende aber für die Taliban.

Der deutsche Außenminister hat angeregt, nicht gewaltbereite Taliban mit Geld aus ihrem Dienst zu kaufen. Ist das noch Naivität oder schon Weltfremdheit auf der Seite solcher Entscheidungsträger, die mitbestimmen, wenn es darum geht, Soldaten in den Krieg zu schicken? Ist es Planlosigkeit, wenn man so einer Macht beizukommen sucht, von der die Einheimischen sagen: Die USA haben die Taliban groß gemacht, sie unterstützen sie noch heute und verdienen am Opium mit. Als ich den Amu-Darja besuchte, den Grenzfluss zu Tadschikistan, wo das Opium raffiniert wird, unterhielt ich mich mit einem Dealer: Der größte Drogenhändler hier, das sei der

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

»Weiße Ibrahim«, sagte er, »er ist Amerikaner«.

Ich habe in Afghanistan die verheerenden Folgen des Taliban-Regimes gesehen, habe im Fußballstadion gestanden, wo in der Halbzeitpause die Gegner an den Torlatten aufgehängt wurden, habe den Ort gesehen, an dem öffentliche Exekutionen stattfanden, habe ein Dorf namens »Massenmord« besucht, bin den Traumata überall begegnet. Ich habe, auch für den Unterricht in unseren Schulen, verschiedentlich mit Taliban verhandelt, war einmal sogar für einen halben Tag in ihrem Hauptquartier. Ich habe mit Taliban gesprochen, die in Heidelberg studiert, die Europa besucht, im ägyptischen Exil gelebt hatten. Ich habe solche gesprochen, die das Taliban-Regime der Vergangenheit verurteilten, die den pakistanischen Einfluss aus den Koranschulen beklagten, die vor allem regierungskritisch waren.

Es gibt nichts zu beschönigen an den Verbrechen, mit denen sie das ehemals liberal lebende Land überzogen haben. Aber als homogene, zentral organisierte Guerilla-Front werden sie nur von außen beschrieben. Ich sprach solche, die über den Einfluss der Warlords klagten, der Banden, die alle im Ausland als »Taliban« bezeichnet werden, über tschetschenische und andere Söldner, die bewusst als »Taliban« operieren, darüber, dass jede disparate Gruppierung von den Regierungsgegnern allgemein bis zu den Kidnappern und Gangstern im Besonderen vom Westen als »Taliban« bezeichnet werden und dass der Westen glaubt, man könne Afghanistan die Demokratie bringen, aber den Taliban den Zugang zum Parlament verweigern. Was wird dieser demokratische

Westen machen, wenn Präsident Karsai, wie angedroht, mit den Taliban paktiert? Wird er sagen: So war die Demokratie nicht gemeint? Will man die Herrschaft des Volkes, die man eben noch implementieren half, dann für nichtig erklären?

In Deutschland wird man mit Durchhalteparolen auf künftige Tote eingestimmt. Es muss sein, repetieren die politischen und die publizistischen Leitartikler. Zwar wissen alle, dass Kriege Zeiten der Propaganda sind, aber sie sehen sich selbst nie als Opfer von Desinformation. Jetzt muss ein mögliches Scheitern am Hindukusch als nationale Katastrophe deklariert werden, dabei ist wenigstens so sicher wie dieses Scheitern. Man kann es täglich beobachten. Nach dem Human Development Index ist Afghanistan seit 2001 um sechs Plätze, nämlich auf den vorletzten Platz gefallen, Deutschland war nie weniger beliebt, die Lage im Land seit 2001 nie gefährlicher. Und der »Strategiewechsel«? Täglich werden sieben Millionen Dollar in den zivilen Aufbau des Landes gesteckt, hundert Millionen Dollar aber in das Militär, und die Aufbauhelfer klagen: Noch nie wurde so viel Geld mit so wenig Erfolg in ein zerrüttetes Land gesteckt. Was liegt andererseits in der Waagschale? Die Vermutung, dass es die Verantwortlichen gut meinen.

Angesichts des Debakels, das sich abzeichnet, ist die Kriegsrhetorik noch erstaunlich lakonisch. Viele von denen, die jetzt für den Afghanistankrieg sind, waren ja schon für den letzten und den vorletzten Golfkrieg. Schließlich musste man Massenvernichtungswaffen finden, Frauen befreien, das Land stabilisieren und Demokratie

bringen. Carolin Emcke, als Reporterin an Kriegsschauplätzen erfahren, kehrte unlängst aus dem Irak zurück und nannte ihn den »schlimmsten Ort«. Die Befürworter jenes Krieges sitzen immer noch in den Talkshows, schreiben immer noch Leitartikel. Die Hinterlassenschaften des Westens im Irak kommentieren sie lieber nicht, denn heute ist der Irak ein gesetzloser, von allen guten Geistern verlassener Flecken. Wer sorgt sich nun noch um Demokratie, Frauen- und Menschenrechte, um ziviles Leben oder Recht, um die Gefahren für die westliche Welt, die dort entstehen?

Stattdessen macht man sich für den Afghanistankrieg stark mit den abgetragenen Argumenten. Es sind zwei, um genau zu sein: Erstens, ohne unsere Intervention ist Afghanistan noch gefährlicher als Hamburg-Harburg. Zweitens: Wir können jetzt nicht raus. Die schlussfolgernde Prognose ist nicht schwer zu entwerfen: Man wird, so wie die USA es vorgeben, in wenigen Jahren aussteigen, schlimmere Verwüstungen und mehr Feinde zurücklassen. Die Lage wird, da kein Ansatz zur Verbesserung greift und Waffen keinen solchen bieten, mehr Tote unter Zivilisten und Soldaten fordern, ehe man, wie Obama deklariert, mit dem raschen Abzug beginnt und dem Zustand dort so viel Interesse zollt wie jetzt dem Irak. Warum sollte es anders kommen, da sich doch die letzten acht Jahre dramatisch in diese Richtung entwickelt haben? Oder hat irgendjemand von den Kriegsbefürwortern ein Ausstiegsszenario, das einen nicht spotten ließe? Traut sich jemand überhaupt, von einem möglichen guten Ende aus zu denken?

Ich fürchte, nach dem Muster dieses

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Krieges wird man künftig leichter neue Gefahren beschwören und neue Kriege begründen können. Das ist leicht, denn Gesinnungen verpflichten nicht den Leitartikler, sondern den Soldaten, und mit den Argumenten, die heute für den Afghanistankrieg mobilisiert werden, kann man schon jetzt in Kriege gegen Pakistan, den Jemen, den Sudan, Somalia, Nordkorea oder gleich Iran ziehen. Das Historische

an der Situation bedeutet auch: Dieser Krieg ist ein Präzedenzfall, und ich hätte nicht gedacht, dass es noch möglich sein könnte, einen deutschen Krieg so dünn zu begründen, mit so viel Pathos, so zahlreichen Fehlinformationen zu begleiten und so viele Menschenleben und so viel Geld aufzuwenden mit einem so sichtbar verheerenden Ergebnis.

*** Roger Willemsen Roger Willemsen ist auch Schirmherr des Afghanischen Frauenvereins e.V. Auf dem Bild ist der Publizist und Moderator mit afghanischen Kindern zu sehen. Im Fischer- Verlag erschien 2006 sein Buch »Afghanische Reise«. Willemsen lehrt als Honorarprofessor an der Humboldt- Universität in Berlin